Arabischer Frühling

Die Ereignisse, die als „Arabischer Frühling“ bezeichnet werden, entwickelten sich für viele BeobachterInnen überraschend. Denn die meisten Staaten in der arabischen Welt waren zwar autoritär und korrupt, galten jedoch als stabil (vgl. Asseburg 2011). Diese autokratische Stabilität geriet am 17. 12. 2010 unter Druck, als der tunesische Gemüsehändler Muhamed Bouazizi sich selbst verbrannte, um damit gegen Polizeiwillkür und Demütigungen zu protestieren. Seine Selbstverbrennung drückte individuelle Hoffnungslosigkeit aus, sprach jedoch für eine kollektive Haltung vieler Angehöriger seiner Generation in der arabischen Welt. Sie löste eine Protestwelle in Tunesien aus; ihr folgten weitere Massenproteste in vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, die von breiten Teilen der Zivilgesellschaft getragen wurden. In weniger als zwei Monaten wurden zwei der bis dahin mächtigsten Herrscher, Zine el-Abidin Ben Ali in Tunesien (14. 1. 2011) und Hosni Mubarak in Ägypten (11. 2. 2011), gestürzt (vgl. Rosiny 2011). Die Proteste weiteten sich auf fast alle arabischen Ländern aus: Algerien, Jordanien, Oman, Jemen, Irak, Bahrain, Libyen, Saudi-Arabien, Irakisch Kurdistan, Djibouti, Kuwait, Marokko, Mauretanien, Libanon, die Palästinensergebiete und Syrien.

Die Bezeichnung „Arabischer Frühling“ ist als Beschreibung der revolutionären Ereignisse im Nahen Osten und in Nordafrika nicht unproblematisch. Wie Stephan Rosiny erläutert, suggeriert der Begriff das Bild des Tauwetters, in welchem die autoritären Strukturen dahinschmelzen würden, anstatt sie – wie es „üblicherweise“ der Fall ist – in Form von Putschen, politischen Attentaten oder gewaltsamen „Regimewechseln“ auszutauschen. Viele arabische Oppositionelle und Intellektuelle äußerten Skepsis gegenüber der Frühlings-Metapher, weil sie eine Demokratisierung nach westlichem Vorbild impliziere (vgl. Rosiny 2011).

In Medien, Politik und Wissenschaft wurden verschiedene Debatten über den Arabischen Frühling geführt, insbesondere über die Ursachen der Revolten und Revolutionen. Während viele die politischen und sozialen Missstände betonten, versuchten andere, ihn anhand der umstrittenen These des „Jugendüberschusses“ („Youth Bulge“) zu erklären. Demnach würden gewaltsame Auseinandersetzungen durch einen hohen Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung verursacht. KritikerInnen weisen darauf hin, die „Youth Bulge“-These verschleierte die sozioökonomischen

und politischen Ursachen von Konflikten und Revolutionen. Revolutionen würden so auf die Langeweile frustrierter Jugendliche reduziert. Konservative BeobachterInnen sprachen angesichts der Tatsache, dass es teilweise zu einer Stärkung von religiösen Kräften und Autoritäten kam, nicht mehr vom „arabischen“, sondern vom „islamischen Frühling“ (vgl. Agha & Malley 2013). Dennoch begründet der Arabische Frühling keine religiös gefärbten Bedrohungsszenarien um Säkularisierungshoffnungen (vgl. kritisch Chomsky 2013).

Mit der Diskussion um die „Islamisierung“ des Arabischen Frühlings ist auch ein weiterer Diskussionspunkt verknüpft, nämlich die Genderfrage. Die neu gewählten Regierungen in Tunesien und Ägypten haben sich bisher nicht als Vorreiter für mehr Geschlechtergerechtigkeit präsentiert. Vielmehr werden etwa in einem Verfassungsentwurf der tunesischen Ennahda-Partei Frauen als „Ergänzung des Mannes“ bezeichnet; die ägyptische Muslimbruderschaft in Ägypten erachtet Gleichberechtigung nur für zulässig, solange sie der Scharia nicht widerspricht (vgl. Pfannkuch 2012).

Der Arabische Frühling verlieh auch gewaltfreiem Widerstand neue Relevanz (vgl. das Stichwort von Gabriele Zdunek in diesem Heft: 115ff). Die Proteste, Revolten und Revolutionen in Nordafrika und dem Nahen Osten verliefen jedoch insgesamt weder gewaltfrei noch „gewaltarm“. Sie reagierten zum großen Teil auf offene staatliche Repression, etwa in Bahrain, wo die Besetzung des Perlenplatzes mit der Hilfe saudi-arabischer Truppen brutal niedergeschlagen wurde. Ähnliche Repressionen gab es in Jemen mit ca. 1.000 und Syrien mit etwa 5.000 Toten. In Libyen starben im Lauf der Auseinandersetzungen schätzungsweise 30.000 Menschen (vgl. Rosiny 2011).

Eine weitere bedeutende Diskussion, die durch den Arabischen Frühling angestoßen wurde, betraf die Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft („Responsibility to Protect“, R2P). Diese Debatte gewann vor allem an Fahrt, als die Demokratisierungshoffnungen durch Stabilisierungsversprechen abgelöst wurden. Die R2P-BefürworterInnen stellen die Intervention in Libyen als Erfolg für die Schutzverantwortung dar (Schütte 2011: 732) und verbinden damit die Hoffnung, dass diese Norm bald zum festen Bestandteil des Völkerrechts – und nicht mehr nur des Völkergewohnheitsrechts – werde. KritikerInnen weisen hingegen darauf hin, dass in der Stabilisierungsrhetorik der Arabische Frühling in eine Reihe mit den Interventionen in Afghanistan und Irak gestellt werde: „Die USA favorisieren Stabilität. Aber erinnern wir uns daran, was Stabilität bedeutet: Stabilität bedeutet, mit den Vorgaben der USA konform zu gehen.“ (Chomsky 2013) Insgesamt fällt die Einschätzung des Arabischen Frühlings ambivalent aus.

Es kam nicht zur historischen „Vierten Welle“ der Demokratisierung, patriarchale Strukturen wurden nicht beseitigt, sondern eher verfestigt, und vermeintliche Erfolge in Libyen veranlassten die internationale Gemeinschaft, „gerechte Kriege“ (vgl. dazu Baumann & Kößler 2011) zu führen – zu Lasten gewaltfreier Lösungen. Der Arabische Frühling wurde für den Versuch missbraucht, R2P völkerrechtlich festzuschreiben. Wenn die arabische Welt zum Labor „des Westens“ wird, droht sich der „arabische Frühling“ in ein neues „arabisches Unglück“ (Kassir 2006) zu verkehren.

Literatur

- Agha, Hussein, & Robert Malley (2013): „Das ist keine Revolution. Aus dem Arabischen Frühling wurde der Winter unseres Unbehagens“. In: *Internationale Politik*, Bd. 63, Nr. 1, S. 5-19.
- Asseburg, Muriel (2011): *Die historische Zäsur des Arabischen Frühlings*. Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung: „Arabischer Frühling“, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52389/einfuehrung>, letzter Aufruf: 1. 2. 2013.
- Baumann, Marcel M., & Reinhart Kößler (2011): „PERIPHERIE-Stichwort: ‘Gerechter Krieg’“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 122/123, S. 350-353
- Chomsky, Noam (2013): „US Control is Diminishing, but it still Thinks it Owns the World“. In: *The Guardian*, 4. 2. 2013, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2013/feb/04/us-control-diminishing-own-world>, Letzter Aufruf: 5. 2. 2013.
- Kassir, Samir (2006): *Being Arab*. London & New York, NY.
- Pfannkuch, Katharina (2012): „Der Aufstand der arabischen Frauen“. In: *Die Zeit*, 5. 12. 2012.
- Rosiny, Stephan (2011): *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*. GIGA Focus, Nr. 12.
- Schütte, Robert (2011): „‘Just War or just War?’ Die Lehren der Libyenintervention und ihre Konsequenzen für die Schutzverantwortung“. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Bd. 4, Nr. 4, S. 715-733.

Marcel M. Baumann